Vernichtung von Obst kein adäquater Weg der Marktstützung

Vernichtung von Obst kein adäquater Weg der Marktstützung

Bundesminister Schmidt nach einem Treffen mit der Obst- und Gemüsebranche: "Gemeinsam sollte es uns gelingen, die Marktrisiken abzufedern"
Als Reaktion auf das russische Import-Embargo setzt sich Bundesagrarminister Christian Schmidt dafür ein, den Absatz von Obst und Gemüse im In- und Ausland zu verstärken. Schmidt sprach sich unter anderem dafür aus, das Europäische Schulobst- und Gemüseprogramm zu 100 Prozent aus EU-Mitteln zu finanzieren, um so noch mehr Länder und damit auch Schulen zu gewinnen, an diesem Programm teilzunehmen. "Dies wäre in der aktuellen Lage ein wichtiges Signal und eine effektive Marketing-Maßnahme für die Obst- und Gemüsebranche", sagte Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft am Mittwochmittag nach einem Gespräch mit Verbänden der Obst- und Gemüsewirtschaft in Berlin.
Im Mittelpunkt des Treffens standen die Auswirkungen des russischen Importstopps auf die Obst- und Gemüsewirtschaft. "Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Sanktionen ist es wichtig, dass Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen, um die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen abzufedern. Die besten Marktexperten haben die betroffenen Wirtschaftszweige selbst", sagte Schmidt. In der Analyse zur aktuellen Marktsituation waren sich das Ministerium und die Branchenvertreter einig: Die aktuellen Auswirkungen des russischen Importembargos für Agrarprodukte seien für einzelne deutsche Erzeuger spürbar, insgesamt bis dato aber beherrschbar.
Bereits in den zurückliegenden Jahren waren die Agrarexporte nach Russland aufgrund von russischen Importsperren für bestimmte Milch- und Fleischerzeugnisse rückläufig. Dies dämpft die aktuellen Folgen. Nach einem aktuellem Lagebild ist vor allem der Obst- und Gemüsemarkt betroffen - weniger durch direkte Absatzeinbußen, sondern möglicherweise mittelfristig durch indirekte Effekte, indem die in anderen Ländern gesperrte Ware zusätzlich auf dem Binnenmarkt abgesetzt wird. So könnte aufgrund hoher Lagerbestände und der sich abzeichnenden guten Ernte 2014 der Apfelmarkt durch den Exportstopp verstärkt unter Druck geraten. Direkt sind die deutschen Obst- und Gemüseerzeuger bei Äpfeln und Kohl vom russischen Embargo betroffen. So exportierte Deutschland im - ernteschwachen - Jahr 2013 rund 9.300 Tonnen Äpfel und rund 13.500 Tonnen Kohl nach Russland. Insgesamt wurden 2013 lediglich 0,5 Prozent der deutschen Obst- und Gemüseerzeugung nach Russland exportiert.
"Unser Ziel muss es sein, den Schaden für die Betroffenen in Grenzen zu halten und zugleich neue Märkte und neue Absatzregionen zu erschließen, damit Marktrisiken künftig noch besser abgefedert werden", sagte Schmidt. In einem ersten Schritt hat die Europäische Kommission ein Unterstützungspaket für betroffene Obst- und Gemüsebauern in Höhe von 125 Millionen beschlossen. Das BMEL arbeitet derzeit gemeinsam mit den Bundesländern an der Umsetzung des Programms in Deutschland. "Die Vernichtung von Lebensmitteln ist dabei für mich kein adäquater Weg der Marktstützung", betonte Schmidt. Es sei sehr bedauerlich, dass das EU-Stützungsprogramm, das in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss, genau dies vorsieht, zum Beispiel die sogenannte Nicht-Ernte von erntereifen Früchten auf dem Feld.
"Vorrang hat für mich die Förderung des Absatzes", sagte Schmidt. In diesem Zusammenhang begrüßte Schmidt, dass die betroffenen Branchen sich dieser schwierigen Marktsituation entgegenstemmen und neue Absatzmärkte ausloten. Zugleich appellierte er an den Lebensmitteleinzelhandel und die Verbraucher, beim Angebot und dem Einkauf verstärkt auf heimisches Obst und Gemüse zu achten. Die Auswirkungen des russischen Boykotts sind in der kommenden Woche auch Thema eines Treffens von Bundesagrarminister Schmidt mit seinen französischen und polnischen Amtskollegen in Bonn und der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern vom 3.- 5. September in Potsdam. Am 5. September wird ein Sonderagrarministerrat in Brüssel die Lage analysieren und über weitere potenziell erforderliche Maßnahmen sprechen.
Der regelmäßig aktualisierte Lagebericht der BMEL-Arbeitsgruppe zur Analyse der Marktentwicklungen ist abrufbar unter: www.bmel.de/Einfuhrverbot-RU

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Rochusstraße 1
53123 Bonn
Telefon: +49 22899 529-0
Telefax: +49 22899 529-3179
Mail: poststelle@bmel.bund.de
URL: http://www.bmel.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=573629" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaftist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.